
Theorie und Wirtschaftspolitik

Thomas Balogh

Wir bringen im folgenden den Text eines Vortrages des englischen Nationalökonom Thomas Balogh zum Abdruck, der im Mai 1976 im Rahmen eines Seminars der Oesterreichischen Nationalbank gehalten wurde. Er ist in englischer Sprache im »Times Literary Supplement« (9. 7. 76) erschienen. Wir halten die von Balogh geäußerten Ideen für wichtig genug, um sie, trotz der zeitlichen Verzögerung, den deutschsprachigen Lesern durch Veröffentlichung in »WuG« zugänglich zu machen. Die Übertragung aus dem Englischen besorgte Fred Prager.

I.

Im Berufsstand der Nationalökonomie (Wissenschaft will ich sie nicht nennen) hat ein abrupter Stimmungsumschwung stattgefunden; er kam fast so plötzlich wie der Modewandel im Anbot an wirtschaftspolitischen Patentrezepten. Nach der Euphorie eines runden Jahrzehnts herrscht tiefe Niederlagenheit, und trotz der Zuversicht, die man in gewissen Kreisen des Establishments zur Schau trägt (man trällert in der Finsternis, um sich selber Mut zu machen), ist weit und breit kein Anzeichen der Erholung zu erspähen.

In den sechziger Jahren stand die Wirtschaftslehre in ihrem Zenit. Das Erbübel des privatwirtschaftlichen Systems war überwunden geglaubt — jene heftigen Fluktuationen und die relativ hohen Arbeitslosenraten; einer Arbeitslosigkeit, die nicht nur den wirtschaftlichen Fortschritt der Zwischenkriegszeit, sondern selbst schon den behäbigen Wohlstand der viktorianischen Epoche und der fortschrittsgläubigen Vorkriegszeit verunziert hatte.¹

Quantifizierung hieß damals die Losung. Mit mathematischen Gleichungen und durch Messung wirtschaftlicher Größen hoffte man den Stein der Weisen zu finden. Wahrhaftig wissenschaftlich, dachte man, seien die Gesellschaftswissenschaften und gar die Nationalökonomie geworden. Für jede Unbekannte gab es eine Gleichung, und mit diesen Gleichungen gedachte man die Wirklichkeit zu bewältigen und den Politikern positive, objektive Ratschläge zur Verfügung stellen zu können. Die Ungleichheit sei im Schwinden, und bald werde man allen Menschen vollen Schutz vor aller Not und allem Elend bieten können. Auch sei die Nationalökonomie im Begriff, überprüfbare Thesen aufzustellen, und nun werde man endlich in der Lage sein, wirtschaftspolitische »Speisekarten« zu konzipieren, die als solide Grundlage für wirtschaftliche Entscheidungshilfen, quantifizierte Gegengeschäfte, *quid-pro-quo's*, abgestimmte Wechselseitigkeiten dienen würden — kurz, man könne nun einfach »wählen«. Die »Konsumfunktion«, der »Akzelerationseffekt«, Okuns »Gesetz« von der Relation der Einkommenshöhe zum Beschäftigungsstand, die *Phillipskurve* zwischen Löhnen und Arbeitslosigkeit, die »Linearprogrammierung« und so weiter — all die seither als blanker Unsinn entlarvten Ungereimtheiten waren drauf und dran, den Nationalökonomien auf die Stufe des Naturwissenschaftlers zu hieven.

Lang ist's her — die Zeiten haben sich gewandelt. Ausdrücke tiefsten Mißvergnügens, im Tonfall geradezu marxistischer Selbstkritik, erklingen dieser Tage aus den berufenen Mündern nicht nur dreier Präsidenten der *British Association* und der *Royal Economic Society*, sondern selbst vom Olymp des Berufsstandes in den USA: So schrieb *Wassily Leontieff* (im »*American Economic Review*«, 1971): »Die Nationalökonomien bewerten die wissenschaftlichen Leistungen im Bereich des eigenen Fachs nach einem verzerrten Wertsystem.«

II.

Vor dem Ersten Weltkrieg waren sich die Nationalökonomien in ihren Auffassungen bemerkenswert einig — abgesehen von den marxistischen Parias. Die wenigen Außenseiter, wie *Hobson*, *Veblen* oder *Mitchell*, konnte man ganz mühelos ignorieren — sie zählten nicht. Heute ist's anders. Nicht bloß zwei, sondern mindestens fünf Lehrmeinungen streiten sich um Geltung in der Volkswirtschaftslehre, und jede Richtung nimmt für sich in Anspruch, die wahre, allein seligmachende Lehre zu künden. Noch kennzeichnender für die Lage der Profession sind die vielen Häresien, die sich von den alten wie den neuen Orthodoxien abspalten. All das ist paradoxerweise das Ergebnis der endlich erreichten Vollbeschäftigung und ihrer Folgen. Dies ist um so verwunderlicher, wenn man bedenkt, daß sich diese Leistung gerade in dem verkörpert, was ursprünglich als die ureigentliche Qualität des Systems galt, nämlich dem fein austarierenden Effekt des Preismechanismus.

Selbst die Keynesianer, die ja nie behauptet hatten, das Gleichgewicht werde sich *automatisch* einstellen, erklärten nur, zur Aufrechterhaltung des *Equilibriums* sei kluge *globale* Intervention erforderlich; positiver aus-

gedrückt, sie hielten es nur für *möglich*, mit globalen steuertechnischen und währungspolitischen Eingriffen das Gleichgewicht aufrechtzuerhalten. Aber in letzter Zeit kommen nun die staatlichen Eingriffe selbst sowohl von seiten der Ultra-Keynesianer als auch seitens der Monetaristen immer mehr ins Kreuzfeuer der Kritik, weil sie sich angeblich mehr gleichgewichtstörend als stabilisierend auswirken. Und die Verwirrung ist größer denn je. Da können die Leute an den Schalthebeln der Macht noch von Glück sagen, daß dank der Zwigigkeiten unter den professionellen Nationalökonomien, die einander ihre Arbeiten in Fetzen reißen, das Feld den Amateuren überlassen bleibt, die zumindest gewisse Vorstellungen über die Wirklichkeit haben und mitunter sogar einige Erfahrungen besitzen.

III.

Ich will versuchen zu ergründen, wieso die meisten heute gängigen Wirtschaftsdoktrinen so hartnäckig wirklichkeitsfremd sind und daher wirtschaftspolitische Entscheidungen nur schädlich beeinflussen können. Dann will ich untersuchen, ob sich die Schwierigkeiten, die der Anwendung ökonomischer »Systeme« und Modelle auf der Suche nach determinierten und quantifizierten Antworten auf makroökonomische — übrigens auch mikroökonomische — Fragestellungen entgegenstehen, zwangsläufig aus der ökonomischen Thematik selbst ergeben oder nicht. Ich persönlich halte die Schwierigkeiten für unüberwindlich. Wohl ist das Studium wirtschaftswissenschaftlichen Gedankenguts noch immer unerlässlich, aber die verwirrende Vielfalt potentiell wesentlicher, die Entwicklung beeinflussender Faktoren macht Fingerspitzengefühl zum wichtigsten Befähigungsnachweis des wirtschaftspolitischen Sachberaters.

Nicht daß sich die jetzt deutlich zutage tretenden Schwierigkeiten bei den Aufgaben des ökonomischen Sachverständigen in erster Linie aus zu geringer Informationsfülle oder aus der Kniffligkeit statistischer Methoden und Manipulationen ergäben — obgleich beides ein gerüttelt Maß zu den Fehldiagnosen beiträgt. Vielmehr liegt es an der überwältigenden Komplexität der wirtschaftlichen Probleme, am Tempo und an der Kontinuität des Wandels in der Wirtschaft, an der Spärlichkeit von unter hinlänglich vergleichbaren Umständen beobachteten Daten und insgesamt an der Vielfalt mitwirkender Faktoren, daß es einfach unmöglich ist, *relevante* Modelle aufzustellen. Wandlungen innerhalb der Faktoren und ihrer Beziehungen zueinander machen das wirtschaftliche Geschehen zu dem, was es ist — zu einer endlosen Reihe »historischer« (das heißt einmaliger) Ereignisse. Erfahrung, Allgemeinbildung, die Kooperation von Fachleuten in anderen, nichtwirtschaftlichen Bereichen, die aber auf das Geschehen Einfluß nehmen, sind zur praktischen Nutzenanwendung unerlässlich.

Als die vereinfachten Postulate der neoklassischen Renaissance — vollkommene Konkurrenz und steigende Kosten — noch eine gewisse Relevanz hatten, machte die Labilität des Währungssystems die Bemühungen der Nationalökonomien bereits zunichte. Das zeigte sich am totalen Scheitern des zu Ende des 19. Jahrhunderts unternommenen Versuchs, die allgemeine Gleichgewichtstheorie und die Geldtheorie miteinander in Einklang zu

bringen. Heute, da die gewaltigen Konzentrationen wirtschaftlicher Macht überwältigend an Bedeutung gewonnen haben, sind alle auf statischem Gleichgewicht (einschließlich eines verhältnismäßigen Gleichgewichts) beruhenden Methoden, samt der klassischen Methode, die davon ausgeht, daß »alle anderen Faktoren unverändert bleiben«, völlig unanwendbar und sämtliche aus ihnen abgeleiteten Folgerungen irrelevant.

Ohne irgendwelche soziologische Untersuchungen über die Natur der Motivationen oder auch über die Verträglichkeit der Institutionen anzustellen, hatte man angenommen, das System könne reibungslos funktionieren und somit die nötigen Anstöße für fortwährendes Wachstum und eine bessere Einkommensverteilung liefern. Niemand bezweifelte, daß sich das nötige Angebot an fähigen Führungskräften einstellen werde, vorausgesetzt, es böten sich genügend Anreize. Die für ein reibungsloses Funktionieren eines auf privatem Unternehmungsgeist und persönlichen Entscheidungen beruhenden Wirtschaftssystems erforderlichen soziologischen Bedingungen wurden als selbstverständlich gegeben angenommen, ebenso die gesetzlichen Institutionen, und erst recht täuschte man sich in der trügerischen Erwartung, die vermeintlich vorhersehbaren Reaktionen des im Rahmen einer vereinfachten und verzerrten Scheinwelt des technisch-wirtschaftlichen Systems agierenden *homo economicus* entsprächen der Wirklichkeit und wären praktisch anwendbar.

Andererseits wurde eine Geldtheorie ausgearbeitet, welche auf der Annahme beruhte, das Geldangebot werde — »alle anderen Faktoren gleichbleibend« — absolute Preise bestimmen, und daher werde der Preismechanismus (vorausgesetzt, es gelänge, das Geldangebot — irgendwie — »neutral« zu halten) für die bestmögliche Allokation der Ressourcen bei stabilem Preisniveau sorgen.

Mit immerwährend komplizierter werdender Produktions- und Preisstruktur zwangen die Erfordernisse der »Wissenschaft«, nämlich das Bedürfnis nach konkreten Aussagen, ihre Jünger, immer einfachere Grundvoraussetzungen anzunehmen, obgleich die Daten- und Symbolmanipulationen immer verwickelter wurden — wie auch der Fachjargon.

Die Abhängigkeit »ökonomischer« Faktoren oder Kräfte von individuellen Entscheidungen und daher von historischen und institutionellen Rahmenbedingungen ging der Fachschaft ganz besonders wider den Strich. Mit wachsender Fülle und verbesserter Qualität des nach wie vor fragmentierten und notwendigerweise ungleichmäßigen statistischen Informationsangebots wuchs das Verlangen nach unpersönlichen, allgemeinen quantifizierten Regeln und »Gesetzen«. Unwiderstehlich wuchs die Verlockung, die Beschränkungen abzustreifen oder zu umgehen. Wäre es nicht möglich, bei der Erstellung ökonomischer Richtlinien das politische Element, die arroganten Ansprüche der modernen Soziologie und der Psychologie einfach zu ignorieren? Warum könnte man nicht einfach mit gesundem Menschenverstand robuste Prozeduren, wie in den Naturwissenschaften, entwickeln und anwenden? Wie lebhaft diese Sehnsucht ist, wird deutlich, wenn man mit ansieht, wie sich gerade manche der konservativeren und mathematisch nicht sonderlich brillanten Praktiker Hals über Kopf in die mathematische Ökonomie und in die Ökonometrie stürzten.

Mit scheinbar bescheidener wissenschaftlicher Zurückhaltung geht die induktive Methode ans Werk, um ihren »Ratgeber für praktisches Handeln« zu entwickeln. Getreu dem Vorbild von *Poppers Logik der Forschung* gehen die Anhänger dieser Methode davon aus, daß es letztlich gleichgültig sei, auf welchen Grundlagen eine Hypothese beruht, solange sie nicht dadurch widerlegt wird, daß gezeigt werden kann, daß ihre logischen Folgen ihren Vorhersagen tatsächlich nicht entsprechen. Und so gehen Nationalökonomien daran, neue und immer neuere in empirisch »prüfbare« Formen gekleidete Hypothesen über wichtige Zusammenhänge in die Welt zu setzen. Die Gültigkeit der Annahmen, auf welchen diese »Theorien« beruhen, ist nach dieser Auffassung ohne Bedeutung. Die Prüfung besteht daher in der auf der Gültigkeit der Hypothese beruhenden Gültigkeit der Vorhersage. »Funktioniert« die Vorhersage (das heißt, ist sie mit der vorgetragenen Hypothese vereinbar), so beansprucht man für die Hypothese den Status und die Würde eines »allgemein gültigen Gesetzes«.

Das ist eine für sehr weite Bereiche der volkswirtschaftlichen Analyse völlig unzureichende Prozedur. Die auf einer Hypothese beruhende Vorhersage könnte aus »falschen« Gründen funktionieren. Ihr Funktionieren mag von Faktoren abhängen, die in der ursprünglichen Hypothese nicht enthalten waren und deren Verschwinden zu einem späteren Zeitpunkt prompt eine »Falsifizierung« bewirken würde. Die Möglichkeit, daß sich aus völlig zufälligen Gründen eine richtige Antwort ergibt, ist sehr groß — das heißt, in einer anderen historischen Situation oder in einem anderen Land könnte die gleiche oder eine ähnliche Veränderung völlig gegenteilige Wirkungen haben. Es ist äußerst schwierig und oft ganz unmöglich festzustellen, ob die Rückwirkungen einer Veränderung eine stabile Beziehung zwischen zwei Variablen darstellen, deren eine »unabhängig« ist, oder einen Wandel in der Beziehung, die zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Vergangenheit bestanden haben mag oder zu bestehen schien.

Natürlich muß sich hinter allen empirischen Versuchen, solche Beziehungen festzustellen, implizite oder ausdrücklich ein »Modell«, ein Vorstellungsbild des Wirtschaftssystems, irgendeine »Gestalt« abzeichnen. Stehen wir, wie das in der Naturwissenschaft der Fall ist, einer unbegrenzten Zahl von Beobachtungstatsachen gegenüber, das heißt besteht Wiederholbarkeit, so ist das eine durchaus legitime Vorgangsweise.

Doch die Nationalökonomie ist keine Wissenschaft in diesem Sinn. Sie mag immerhin — wenn das der Selbstachtung ihrer Jünger zugute kommt — in dem Sinn als wissenschaftlich gelten, daß sie eine Schulung in gewissen geregelten Methoden des analytischen Denkens über bestimmte Kategorien von Problemen darstellt, bei denen es vor allem um die Wahl zwischen alternativen Handlungsmöglichkeiten oder wirtschaftspolitischen Instrumenten geht. Aber sie ist auch eine Kunst, vielleicht ein künstlerischer Beruf, denn sie muß unter einer enormen Vielfalt von Faktoren entscheiden, sie in Hinblick auf ihre voraussichtlichen Wirkungen miteinander kombinieren und sie, wie wir gesehen haben, auf Grund einer bestimmten Rangordnung moralischer und politischer Werte gegeneinander abwägen.

Wirtschaftliche Bedingungen werden von einer großen Zahl von Fak-

toren beeinflußt; und diese Faktoren sind sehr unterschiedlicher Art. Sie wirken durch Motivationsprozesse ebenso unterschiedlicher Art. Und es ist nicht in jedem Fall möglich, sie den konventionellen Typen wirtschaftlichen Vernunftdenkens entsprechend zu analysieren. Doch selbst wo das möglich ist, können sich ganz bedeutende Schwierigkeiten ergeben, denn viele von ihnen sind eng miteinander verknüpft und verschieben sich gemeinsam. Die Entwirrung ihrer diversen speziellen Wechselbeziehungen ist daher äußerst schwierig. Überdies sehen wir uns mit einem in raschem Wechsel begriffenen System konfrontiert. Das bedeutet, abgesehen von allem anderen, daß wir uns nicht auf das Gesetz der großen Zahlen stützen können, weil eine sehr große Wahrscheinlichkeit besteht, daß sich diese Beziehungen verändern.

Die Folgen der Veränderungen können verheerend sein — wenn nicht für die Theorie im allgemeinen, so doch für die Anwendung dieser Theorie im Spezialfall.

In seiner *Allgemeinen Theorie* hat Keynes die Grenzen der Nationalökonomie folgendermaßen definiert:

Es ist die große Schwäche symbolischer pseudo-mathematischer Methoden der Formalisierung eines Systems der ökonomischen Analyse, . . . daß sie ausdrücklich die völlige Unabhängigkeit der beteiligten Faktoren annehmen, . . . während wir uns im normalen Vortrag (oder Gespräch) . . . die nötigen Vorbehalte und Qualifikationen »als Hintergedanken« vorbehalten können. . . Ein allzu großer Prozentsatz der neueren »mathematischen« Nationalökonomie ist bloßes Gewäsch und so ungenau wie die ursprünglichen Prämissen, auf denen sie beruht und die es dem Autor gestatten, die komplizierten Zusammenhänge und wechselseitigen Abhängigkeiten der realen Welt in einem Labyrinth überheblicher und nutzloser Symbole aus den Augen zu verlieren.

Soll die Anwendbarkeit auf die Realität — also in ernsthaften Vorhersagen zum Zwecke der Erstellung von praktisch politischen Richtlinien — erhalten bleiben, so darf diese Vielfalt der Zusammenhänge nicht vernachlässigt werden. Da eine wahre Unabhängigkeit ökonomischer Faktoren höchst fragwürdig, wenn nicht ganz ausgeschlossen ist, liefern die üblichen statistischen Methoden zur Bestimmung des Grades der Unabhängigkeit keine befriedigenden Antworten. Überdies ist, wie wir gesehen haben, die Zahl der Beobachtungen, die für einen bestimmten Zeitpunkt Gültigkeit haben, begrenzt, weil sich das System im Prozeß des Wandels befindet. In seiner Arbeit *Pitfalls in Economic Forecasting*, einer der eindrucksvollsten kritischen Abhandlungen über die dabei auftretenden Schwierigkeiten, schreibt *Erich Streissler*:

Es ist ein längst abgedroschener Gemeinplatz, daß es unmöglich ist, präzise wirtschaftliche Vorhersagen zu machen. Sir *Karl Popper* hat das sehr nachdrücklich betont. Er hat einmal gesagt: »Prophezeiungen auf lange Sicht können nur dann aus wissenschaftlichen, bedingten Vorhersagen abgeleitet werden, wenn man sie auf völlig isolierte, stationäre und wiederholbare Systeme anwendet. Solche Systeme treten in der Natur nur höchst

selten auf; und die moderne Gesellschaft zählt ganz gewiß nicht zu ihnen.« Genaugenommen gilt das gleiche auch für kurzfristige ökonomische Vorhersagen.

Nun — für Professor Streissler mag das ein Gemeinplatz sein. Es ist ganz gewiß keiner für die neuen Adepten der Schwarzen Magie, die in Wirklichkeit die Nützlichkeit der ausführlichen Darstellung selbst einfacher Zusammenhänge einengt und ihre Anwendbarkeit über einen Zeitraum beschränkt.

IV.

Das Wesen der verfügbaren mathematischen Werkzeuge und statistischen Materialien ist meist ganz unzulänglich zur Feststellung der Richtung eines kausalen Zusammenhanges. Praktische wirtschaftspolitische Empfehlungen quantitativer Art setzen nicht nur stabile und reversible Beziehungen voraus, sondern auch die Existenz »strategischer« Variablen. Diese müssen nicht nur bewußt kontrollierbar sein oder zumindest manipulierbar, sie sollten auch keine Rückwirkung auf die ursprüngliche Beziehung haben. Nun ist es aber doch eindeutig so, daß die Beziehung mit dem Auftreten neuer Bedingungen oder vernachlässigter Faktoren ihre Intensität oder sogar ihre Richtung ändern kann. Die auf Grund der Empfehlungen ergriffenen Maßnahmen können daher völlig unvorhergesehene Ergebnisse bringen.

Nun weisen selbst so relativ einfache Beziehungen wie Angebot- und Nachfragetabellen, aus denen der Einfluß des Preises auf Angebot und Nachfrage von und nach einer einzigen Ware hervorgeht, auf geradezu umwerfende Schwierigkeiten hin. Schließlich beziehen sich die Beobachtungen, die wir über Preis oder Angebot oder Nachfrage besitzen, nur auf ganz bestimmte historische Zeitpunkte. Wie sie zusammenhängen, ob sie sich überhaupt aufeinander beziehen — das ist nur eine »Gestalt«, ein Vorstellungsbild »im Auge des Beschauers«. Handelt es sich um eine unwichtige Ware, so dürfen die Sekundärwirkungen von Preisveränderungen vernachlässigt werden. Aber läßt sich allgemeiner Fortschritt vernachlässigen? Darf man Werbekampagnen vernachlässigen, die das Niveau der Nachfrage verfälschen und die Angebotskosten verzerren?

Eine Unterscheidung zwischen *Bewegungen entlang* der »Kurve« und *Verschiebung* der Kurve ist ein logischer Irrtum. Jeder Punkt entlang der Kurve setzt voraus, daß die spezifische Relation (das heißt im Fall der Nachfrage-»Kurve«, der Preis) nicht nur lang genug gegolten haben muß, um sich dem Gedächtnis aller Beteiligten einzuprägen, sondern auch, daß die äußeren Umstände sich nicht geändert und damit die Erwartungen gewandelt haben. Bewegungen von Punkt zu Punkt entlang der »Kurve« sind daher logisch unmöglich. Es gibt, den unterschiedlichen historischen Situationen entsprechend, verschiedene Punkte und dementsprechend die Erinnerung an verflossene Beziehungen.

Um diese Schwierigkeit kommt man nur herum mit der Annahme, die Menschen hätten kein Erinnerungsvermögen. Daher der ständig geltend

gemachte Vorbehalt »bei Gleichbleiben aller anderen Bedingungen« und die (als »Hypothese« verkleidete) Behauptung, in der Wirtschaft gelte, »vorbei ist vorbei«, das heißt, was in der Vergangenheit geschah oder erschien, berühre die Zukunft nicht. Beides ist unlogisch und eine totale Verkennung der Wirklichkeit, der letzte Kehrriht des völlig statischen, unveränderten und unveränderlichen neoklassischen Systems, das auf der stillschweigenden Annahme völliger Vorausschbarkeit aufbaute. Kein Finanzier, Unternehmer, Politiker oder Gewerkschafter bei rechten Sinnen ließe es sich einfallen, seine laufenden Entscheidungen ohne Bedachtnahme auf die Vergangenheit zu treffen. Und wie wir sahen, stecken in diesen Gedankengängen schwerwiegende logische Widersprüche.

Die Nachfrage nach und das Angebot an Ein- und Ausfuhren sind, wie Paul Streeten und ich vor mehr als zwanzig Jahren (in *Unequal Partners*, Bd. 1) zeigten, nicht voneinander unabhängig. Ebensowenig kann man den Lohn als einen »Gleichgewichtspreis« im Sinne eines Schnittpunktes zweier stabiler Kurven, das heißt als bestimmt durch das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage, die voneinander unabhängig sind, betrachten. Die Nachfrage nach Arbeitskräften rührt von der Nachfrage nach Waren her, und diese ihrerseits wird mitbestimmt von Löhnen und anderen Formen des Einkommens und, mittelbar, von Ausgaben. Die Annahme eines »determinierten Unterbeschäftigungsgleichgewichts« ist daher unsinnig. Daher stellt jede Situation ein Ungleichgewicht dar, das wieder zur nächsten (aber wieder ungleichgewichtigen) Situation führt — und zwar auf Grund der historischen Vergangenheit und der zurzeit gegebenen Umstände. Mit dem Wachsen wirtschaftlicher Machtkonzentration in wenigen Händen ist der Determinismus verschwunden. Ähnliches geschah in der Makroökonomie.

Die Monetaristen sind über die Fluktuationen in der Umlaufgeschwindigkeit gestrauchelt. Sie haben verzweifelt versucht, zu verbergen, daß ihre Gleichsetzungen keine praktische Entscheidungshilfe geben, weil die Definition des Geldvolumens ($M1$ = Bargeld und $M3$ = Bargeld plus Bankguthaben) zwangsläufig eine Definition seiner Umlaufgeschwindigkeit voraussetzt. Verwendet man die engere Definition, so würde seine Umlaufgeschwindigkeit das Volumen der weiteren Definition ($M3$) beeinflussen, denn sie ist ihr Spiegelbild. Ebensowenig wäre die Annahme legitim, T (oder das »wahre« Volumen des Umsatzes) würde nicht von den Bewegungen von MV berührt — eine Annahme, die man bei den Konjunkturverläufen vor dem Zweiten Weltkrieg machte, und auch wieder mit dem Sieg der Monetaristen seit 1973. Der Anspruch der Monetaristen, sie könnten reibungslose Expansion einfach durch Manipulation einer ebenso reibungslosen parallelen Ausweitung der Geldmenge in Gang halten, wird zumindest durch die Erfahrungen der letzten 150 Jahre der Wirtschaftsgeschichte keineswegs bestätigt — gewiß nicht ohne einige Retuschen durch geschickte statistische Manipulationen.²

Die neoklassischen Keynesianer hingegen scheiterten an der Veränderlichkeit und somit an der Instabilität ihrer grundlegenden Konsumfunktion und am Problem des »Übers-Ziel-Schießens«, mit dem ich mich am Schluß dieses Artikels beschäftigen will. Die liberalen Keynesianer redeten

sich ein, es gäbe eine feste Beziehung zwischen Arbeitslosigkeit und Lohnforderungen, die es gestatte, Preisstabilität um einen geringen oder zumindest um einen tragbaren Preis, nämlich mit dem Verzicht auf ein gewisses Maß an Output und Expansion, zu erkaufen. Daher die überschwengliche (und nun, angesichts ihres totalen Versagens etwas grotesk wirkende) Begeisterung und Hochjubelung dieser »Entdeckung«. Gäbe es eine so einfache und feste Beziehung (die es nachweislich nicht gibt), so wäre die Wiedereinsetzung der neoklassischen »Theorie« vom sozialen Ausgleich in gewissem Sinn möglich und denkbar.

Diese unausrottbare und zutiefst unheilvolle Doktrin war eine direkte Folge der Apotheose eines sozusagen fortlaufenden (oder *open-ended*) proto-Keynesianischen Kurses. Verbindet man Investitionen, Verbrauch, Importe und Exporte durch ein starres Gleichungssystem, so macht man die Wirtschaftspolitik zum Spielball falscher, weil starr umschriebener Vorhersagen. Und so scheitert, was einst von einem so klugen Mann wie Paul Samuelson als die »Alternative zur Leugnung der Möglichkeit von Arbeitslosigkeit in der klassischen Volkswirtschaftslehre« gefeiert wurde, als möglicher Rettungsweg, denn es krankt an der gleichen Schwäche wie das alte System. Nun, die Starrköpfigkeit schlichter Ökonometriker, die die Realität in »rigorose« Modelle zu zwingen suchten, hat fast so viel Elend verschuldet wie der neoklassische Eifer. Einige Fehler in der Wirtschaftspolitik sind gewiß den konsistent falschen (und meist viel zu optimistischen) Vorhersagen anzulasten, die auf Grund des keynesianischen Modells erstellt wurden. Sie betrachten langfristiges reales Produktionswachstum und internationale reale Wettbewerbsbedingungen als unabhängig von kurzfristiger Wirtschaftspolitik und halten die Zahlungsbilanz für außerordentlich einkommensempfindlich, sowohl abwärts als auch aufwärts. Ersteres ist offener Unsinn; und letzteres hat sich, weil ersteres vernachlässigt wurde, ebenfalls als irrig erwiesen.

Aber ideologisch war diese Auffassung recht erfolgversprechend. Verhalf sie doch dem traditionellen moralischen Anspruch zu neuem Leben, demzufolge die Einkommensverteilung dafür sorgt, daß jedermann den Lohn erhält, der ihm gebührt. Erweist sich ein mit einer (geringen) Arbeitslosenrate funktionierendes System als stabil, so könne man die alte Theorie, nach der die »wahren« marginalen Produkte die Einkommen bestimmen, auferstehen lassen (und man tat's). Dem Kapitalismus war eine gefestigte, »moderne« Verteidigung erstanden.

Es war das fatale Pech der neuen Kathederweisheit, daß diese neo-keynesianischen Erkenntnisse, kaum formuliert, von den Ereignissen schnöde widerlegt wurden. Solange man diese unausweichliche Tatsache ignoriert, bleibt ungewiß, wie und wann wir die sich daraus ergebende — auf kein einzelnes Land, auch nicht auf den gesamten »Westen« beschränkte — Labilität, diese Kreislaufschwankungen überwinden werden. In einer Konsumgesellschaft haben sich globale und indirekte, vorwiegend steuertechnische aber auch währungstechnische Kontrollen, wie sie von den Neo-Keynesianern ins Auge gefaßt wurden, als nur ganz mangelhaft wirksam erwiesen. Scharfe Schwankungen der Sparguthaben durch Verbraucher Kredite oder deren Rückzahlung, In-Umlauf-Setzung enormer

Reserven müßigen Geldes, immense Lagerreserven dauerhafter Verbrauchsgüter — sie alle können revidierte Haushaltsansätze, fiskalische oder monetäre Maßnahmen aufheben oder mehr als ausgleichen. Expansionistische Wirtschaftspolitik, defizitäre Budgets und Kaufkraftinjektionen für die Volkswirtschaft können durch Sparwellen oder verstärkte Schuldenrückzahlungen (die durch noch so unbegründete Besorgnisse ausgelöst sein mögen) zunichte gemacht werden.

Andererseits können höhere Kreditzinsen — soweit allgemein gültig — gegen Steuern abgesetzt oder auf die Verbraucher abgewälzt werden. Einen gottgewollten Zinssatz, zu dem Geld genutzt wird, gibt es nicht. Geld kann nur im Ausgeben wirksam werden, und Geld hängt mit Ausgaben in erster Linie durch den Zinsfuß zusammen — obgleich eine allgemeine Lockerung auf dem Geldmarkt verstärkte Spekulation, erhöhte Produktiv- oder Verbraucherausgaben direkt anregen könnte. Früher hatte man angenommen, sinkende Nachfrage müßte den schwächsten Firmen Verluste bescheren, und manche würden Bankrott erleiden. Das werde die Investitionsfreudigkeit, besonders bei den Lagerbeständen, dämpfen, wodurch die Lagerbestände und in der Folge wieder die Nachfrage weiter gedrückt würden. Mit erhöhter Arbeitslosigkeit falle auch der Verbrauch weiter. Hat die Erfahrung gezeigt, daß dem Prozeß nicht ausreichend und rechtzeitig Einhalt geboten wird, so verschärfen die Erwartungen den Effekt noch weiter. So setzt ein kumulativer Konjunkturaufschwung (oder Verfall) ein. Die Konjunkturabläufe und Krisen der 150 Jahre vor dem Ersten Weltkrieg waren ein großes Musterbeispiel dieser fundamentalen Unsicherheit und Labilität.

In letzter Zeit ist aus dem liberalen Stimmungsumschwung gegen staatliche Intervention die seltsame Vorstellung hervorgegangen, das Wirtschaftssystem würde sich wieder stabilisieren, wenn bloß staatliche Einmischung oder die Erpressungen der Gewerkschaften aufhörten. Eigentlich hätten fast zwei Jahrhunderte wildester Schwankungen und Aktivitäten sowie die Bemühungen der Nationalökonomten, diese mit der vorausgesetzten stabilen Vollkommenheit des Wirtschaftssystems in Einklang zu bringen, genügen müssen, uns in diesem Punkt aufzuklären. *Nicholas Kaldors* Modell des Konjunkturkreislaufs (*Economic Journal*, 1940) zieht (weil es als »open-ended«-Modell konzipiert ist) Einflüsse auf den tatsächlichen Ablauf und Modifikationen durch »historische Zufälle« mit ins Kalkül. Daß man dieses Modell ignoriert hat, ist charakteristisch für die in der Profession herrschenden unwissenschaftlichen Leidenschaften. Und gar seltsame politische Folgen sollten sich noch daraus ergeben.

Die meisten von mir erörterten Schwächen folgen zwangsläufig aus dem statischen und komparativ-statischen Ansatz. Dieser stützte sich auf die Annahme, man könne die Veränderung eines einzelnen Faktors analysieren und alle anderen Umstände als unverändert annehmen. Die Jagd nach fest umrissenen Antworten hat die Nationalökonomten dazu getrieben, Parameter und Variable eher auf Grund ihres lebhaften Verlangens nach Ergebnissen zu unterscheiden, als unter Bedachtnahme auf die Wirklichkeit. Bei marginalen Veränderungen unwichtiger Faktoren

mag solch eine Unterscheidung zwischen Parametern und Variablen zu rechtfertigen und identifizierbar sein. Geht es aber um weitreichende wirtschaftspolitische Entscheidungen, so gilt das nicht mehr. Die sekundären Auswirkungen ursprünglicher Veränderungen können dann nicht mehr vernachlässigt werden — besonders in hochindustrialisierten Systemen, in welchen steigende Erträge und technischer Fortschritt die Regel sind. Der größte Teil der dann zu analysierenden Faktoren ist wechselseitig abhängig und untrennbar. Sobald wir das anerkennen und die Grundtatsachen der Vorgänge in der modernen Industrie in Rechnung stellen, wird die lebenswichtige Bedeutung des *kurzfristigen Geschehens*, in dem sich die Wirtschaft abspielt, offenbar. Sie wird das Resultat des Angleichungsprozesses bestimmen, der im Fall eines kräftigen Anstoßes fast sicherlich historisch einmalig ausfallen wird. Unter solchen Umständen ist die Analyse von Fall zu Fall, gekoppelt mit einem tiefen Bewußtsein der geschichtlichen Zusammenhänge, die einzig legitime Prozedur. Verallgemeinerungen auf Grund veralteter oder ungenügend zahlreicher neuerer Beobachtungen müssen fast zwangsläufig irreführen. Die Zusammenhänge zwischen der auslösenden Störung und den nachfolgenden Entwicklungen sind im besten Fall dürftig. Ich kann nicht oft genug betonen, daß die Ereignisse der unmittelbaren historischen Vergangenheit in einer Welt wirtschaftlicher Machtkonzentrationen größten Einfluß üben. Sie werden die zwischen mächtigen Staaten und mächtigen Konzernen ausgelösten Reaktionen und Wechselwirkungen bestimmen, deren Effekte nicht mehr vernachlässigt werden dürfen.

Die wachsende Bedeutung einzelner Entscheidungen fällender Einheiten (Staaten, Korporationen, Regierungen) ist es, die den traditionellen Stil der »wissenschaftlichen« (unpersönlichen), auf mechanistischen Wechselbeziehungen fußenden Ökonomie demoliert. Von all den Ungereimtheiten der komparativ-analytischen Annahme des »Gleichbleibens aller anderen Dinge« war die Behauptung, in der Wirtschaft sei »Vergangenes vorbei« wohl nur um einen Grad weniger töricht und schädlich als *Says* idiotisches »Gesetz der Märkte«, nach welchem sich jedes Angebot immer selbst seinen Markt schafft.

Trotzdem hat es überlebt, wahrscheinlich weil die *mikroökonomische Gegenrevolution* Auftrieb erhielt durch die Tatsache, daß die *mikroökonomische Revolution eine noch größere Bedrohung des Berufsstandes darstellte* als der keynesianische Vorstoß gegen die neoklassische Makroökonomie. Im völlig statischen und vollkommenen System, in dem jede Anpassung schon stattgefunden hat, tritt nie eine Veränderung ein, und die Vergangenheit fließt nahtlos in die Zukunft. In einer Welt monopolistischer Unvollkommenheiten, in der die Zukunft ungewiß ist, gibt es kein einmalig vorherbestimmtes, dem System inhärentes Anpassungsmuster. Der Weg selbst gewinnt eine das Ergebnis bestimmende Bedeutung. An jedem einzelnen Punkt des Weges könnte die ursprüngliche Störung Reaktionen auslösen, die weit mächtiger wirksam sind als der ursprüngliche Anstoß. Unsere Gewißheit schmilzt dahin, unsere Zweifel wachsen. Wie schrieb doch *John Hicks* in *Value and Capital*:

Aus diesen Trümmern ist nur dann etwas zu retten — und man darf nicht vergessen, daß unter diesem Trümmerhaufen der Großteil der Wirtschaftstheorie ruht —, wenn wir annehmen dürfen, daß sich die Märkte, denen die meisten Firmen, mit denen wir uns beschäftigen werden, gegenüberstehen, nicht wesentlich von Märkten des vollkommenen Wettbewerbs unterscheiden. Falls wir annehmen dürfen, daß die Prozentpunkte, um welche die Preise die Grenzkosten übersteigen, weder sehr hoch noch sehr variabel sind, und falls wir annehmen (eine Annahme, die im großen und ganzen eine Konsequenz der ersten Annahme ist), daß im allgemeinen die Grenzkosten am Punkt des Gleichgewichts steigen, wenn der Produktionsausstoß steigt (denn abnehmende Grenzkosten sind rar), so werden die Gesetze eines unter den Bedingungen vollkommenen Wettbewerbs funktionierenden Systems nicht wesentlich ihre Gültigkeit verlieren in einem System, das umfangreiche Elemente monopolistischer Natur enthält. Zumindest wäre diese Notlösung eines Versuchs wert. Aber wir müssen bedenken, daß wir einen gefährlichen Schritt tun und vermutlich im Begriff sind, die Probleme, mit denen sich unsere Analyse befassen soll, sehr wesentlich einzuschränken.

Dem überaus rührigen *Harry Johnson* blieb es vorbehalten (in »Encounter«), etwas voreilig zu erklären:

»Diese Revolution (des unvollkommenen, monopolistischen Wettbewerbs) ist mehr oder weniger verglimmt, aber ihre versteinerten Überreste bereiten Studenten und Lektoren in den Elementarkursen immer noch einiges Kopfzerbrechen.«

Das konnte nicht einmal *Hicks* schlucken; und in seinem etwas seltsam *The Crisis in Keynesian Economics* betitelten jüngsten Buch behauptet er kühn:

»Eine reine Theorie flexibler Preise dieser Art ist nicht realistisch, mag sie gleich lehrreich sein. Sie ist zweifellos weniger realistisch als eine reine Festpreistheorie — eine reine Festpreistheorie ist ja selber auch nicht ganz realistisch. Denn spekulative Märkte (etwa Grundbedarfsartikelmärkte, von Finanzmärkten gar nicht zu reden) gibt es zweifellos.«

Der Gegensatz zu seiner früheren Aussage (in dem Buch, das ihm den Nobelpreis eintrug) könnte gar nicht krasser sein. Die Erfahrung der jüngsten Vergangenheit ist es, die bestimmt, welcher Weg unter einer Reihe von möglichen Wegen gewählt und eingeschlagen wird. Das wirft die herrschende, die modische Analyse über den Haufen. Gesteht man das aber erst ein, so ist das Ergebnis plötzlich nicht mehr verwirrend. Das Wissen um die sozio-politische Situation, Erfahrung und Stellungnahmen gewinnen an Bedeutung, und das Bild von dem geheimnisvollen Wesen, dem *homo oeconomicus*, diesem isolierten Inselwesen der »Utilität«, verflüchtigt sich im Nebel des Irrtums. Kennzeichnet geballte Konzentration wirtschaftlicher Macht eine Volkswirtschaft, so kann das die Stärke solcher Reaktionen sehr steigern. Daß sich verschiedene Gesellschaften angesichts identischer Pressionen einschließlich wirtschaftspolitischer Maßnahmen völlig unterschiedlich verhalten, ist nur so erklärlich.

V.

Ich wende mich nun gewissen Problemen zu, deren Analyse sowohl seitens der neoklassischen Monetaristen als auch nach der neo-keynesianischen Methode in der angewandten politischen Ökonomie meiner Meinung nach Unheil angerichtet und ihre »wissenschaftlichen« Empfehlungen im großen und ganzen verzerrt hat.

Wie wichtig der Einfluß der Erfahrungen der Vergangenheit ist, läßt sich am Beispiel der britischen und deutschen Entwicklungen im Gefolge des Ansteigens der Weltmarktpreise und insbesondere der Erdölpreise ablesen. In Großbritannien vollzog sich parallel mit dem beschleunigten Anstieg der Importpreise eine Steigerung der heimischen Preise. Das erzwang schließlich eine Herabsetzung des Wechselkurses und rechtfertigte damit die spekulativen Erwartungen, welche zur Zeit der Angriffe auf die Währung keine Rechtfertigung in der allgemeinen und fundamentalen Wirtschaftslage hatten. In Deutschland standen sowohl Regierung als auch Gewerkschaften noch so sehr unter dem Eindruck der beiden monetären Nachkriegskatastrophen, daß die Erhöhung der Rohölpreise keineswegs Anstoß zu erhöhten Gehaltsforderungen war, sondern vielmehr den gewerkschaftlichen Druck selbst in den Sektoren abschwächte, in denen eine solche Haltungsänderung keineswegs durch verstärkte Arbeitslosigkeit erklärlich gewesen wäre. Deutschland und besonders die Gewerkschaften hatten einen fürchterlichen Preis für Inflation und Zusammenbruch der Währung zahlen müssen, für welche sie überhaupt nicht verantwortlich gewesen waren. Dies ist der historische Hintergrund, vor dem die deutschen Verbände gezeigt haben, daß sie auf keinen Fall gewillt sind, eine dritte Währungskatastrophe zu riskieren, und insbesondere, daß sie nicht daran denken, einen Kurs einzuschlagen, der dazu führen könnte, daß man sie dann für ein neues Debakel verantwortlich macht. Im Gegensatz dazu versuchen viele britische Gewerkschaften, scheinbar ganz unberührt von den Gefahren der *indirekten* Auswirkungen ihrer Forderungen, das, was sie für die *unmittelbaren* Interessen ihrer Mitglieder halten, zu sichern, nämlich die Geldlöhne. In einer Situation der wirtschaftlichen Machtkonzentration erwies sich die Erfahrung der Vergangenheit als entscheidend.

Ein fast ebenso vertracktes Beispiel ist die Antwort einer Gruppe von Nationalökonomern auf die ihnen vom *House of Commons Expenditure Committee* gestellte Frage, ob die Auswirkungen einer Erhöhung der Rohölpreise inflationär oder deflationär seien. Die rechte Antwort hätte lauten müssen, das käme ganz auf die betroffene Gesellschaft, also auf das jeweilige Land und seine Umstände an; die Folgen könnten das eine wie das andere, oder keines von beiden, sie könnten also neutral sein. Ebenso wenig dürfe man Verarmung (infolge verschlechterter *terms of trade*) mit Deflation verwechseln, obgleich auch wieder bestimmte Zusammenhänge bestünden. Die höhere Wahrscheinlichkeit des einen oder des anderen Ergebnisses sei fast völlig von historischen, das heißt von soziologischen, psychologischen und politischen Faktoren abhängig. Natürlich mochte kein »seriöser« Nationalökonom solch eine Antwort geben. Also

schob man die Schuld auf unpersönliche Faktoren, auf das Budget, auf die Wechselkurse und besonders auf die monetäre Politik.

Besehen wir uns die vieldiskutierte Frage, ob die Eingriffe der Regierung — insbesondere in Großbritannien, aber auch in den Vereinigten Staaten — destabilisierend wirkten oder nicht. Die Ansicht, sie täten dies, wird in der Veröffentlichung des Brookings-Instituts, *Britain's Economic Prospects*, und wurde auch kürzlich und recht überraschend, von der »Neuen Schule« Cambridges vertreten. Sie war schon viel früher und eher mit Vorbehalten von Christopher Dow in der Analyse in seiner Abhandlung *Managing the British Economy 1946—1960* vorgebracht worden. Ich glaube, die Methodik der ökonometrischen Übungen im Band der Brookings-Institution wurde schon sehr wirksam von David Worswick in seinem Beitrag zu *Britain's Economic Prospects Considered* (»Erwägungen über die wirtschaftlichen Aussichten Großbritanniens«) kritisiert, und ich werde hier nicht versuchen, das zu wiederholen.

Was die Neue Cambridge-Schule betrifft — nun, ich habe bei ihrer Geburt einige Zweifel über das geäußert, was meiner Ansicht nach eine sachte Verwandlung einer *ex-post*-Identität in eine strategische *ex-ante*-Gleichung war; eine Vorgangsweise, die uns im Zusammenhang mit der Identität der Spar- und Investitionstätigkeit während der Auseinandersetzungen über die »Allgemeine Theorie« in den Vorkriegstagen viele überflüssige Schwierigkeiten bereitet hat. Nebenbei sei bemerkt, daß Godleys Modell auf einem logisch nicht erklärten empirischen Zusammenhang fußt. Überdies ist es so konstruiert, daß es *per definitionem* die staatlichen Interventionen und insbesondere Überschüsse und Defizite im Statshaushalt sind, welche die Destabilisierung des Systems verursachen können, während sonstige Veränderungen, einschließlich des Exportvolumens und des Gegenwerts der Einfuhren, fein säuberlich in Einklang gebracht werden.

Ich hätte gedacht, daß Erfahrungen mit der sogenannten Phillipskurve Nationalökonomten davor gewarnt hätten, kunstvoll verzweigte Theorien auf vorübergehenden empirischen Zusammenhängen aufzubauen. Ich bin gespannt, wie lange dieses neue »Gesetz« seine Gültigkeit behalten wird (wenn es je galt).³ Selbst wenn die Ökonometrie oder die theoretische Methode dieser Konstruktionen richtig gewesen sein sollten, so halte ich doch die Fragestellung selbst nicht für sinnvoll, und daher können die von der Ökonometrie oder der Methodik erbrachten Ergebnisse nicht relevant sein. Das folgt, wie anhand der Analyse eines Jahrhunderts von Konjunkturzyklen in Professor Pigous monumentalem Werk, *Industrial Fluctuations*, und aus Nicholas Kaldors *Model of Business Cycles*, auf welche schon Bezug genommen wurde, zu ersehen ist. Nach beiden Theorien ist das unvermeidliche Hin und Her kumulativer, psychologisch ausgelöster Auf- und Abwärtsbewegungen, verschärft durch die unbändige Elastizität des Währungssystems für das Ausmaß der Schwankungen verantwortlich (obwohl das Kaldorsche Modell etliche interessante und »open-ended«-Elemente enthält, die zu den Schwankungen beitragen). Es drängt sich der unwiderstehliche Schluß auf, daß eine auf individuellen Entscheidungen beruhende Wirtschaft zwangsläufig instabil sein muß.

Obgleich die »stop-go«-Zyklen der Nachkriegsperiode bis 1973/74 längst nicht so heftig waren wie jene vor dem Krieg, ist der Schluß kaum zu vermeiden, daß jene sich von diesen nur im Ausmaß unterschieden, nicht in ihrem Wesen. Diesen Unterschied bedingte vor allem die enorm wachsende Bedeutung des öffentlichen Sektors und daneben der auf dem Machtzuwachs der Gewerkschaften beruhende starke Kosten- und Preis-**auftrieb**.

Unleugbar lehren die Nachkriegszyklen (samt Hochkonjunktur und dem Krach nach 1972), daß alle indirekten Wirtschaftsmaßnahmen, ob monetärer, ob fiskalischer Natur, nur vermittels ihres psychologischen Einflusses wirksam werden können. Aber daraus ergibt sich die Notwendigkeit des »overkill«, das heißt, die Maßnahmen müssen härter und energischer sein, als es den »objektiven« Notwendigkeiten der Vollbeschäftigung entspräche, sobald die Hochkonjunktur gebrochen ist (und umgekehrt im gegenteiligen Fall).

Seit 1943 habe ich die Ansicht vertreten, daß Vollbeschäftigung (zumindest »Fast«-Vollbeschäftigung) und Stabilität nur mittels direkter Kontrollen und Steuerung, oder aber durch völlig umfassende freiwillige Übereinkunft zu vereinbaren sind. Ohne diese würde das System einen Auftrieb entwickeln, der schließlich zu einer Währungsexplosion führt oder aber zu einer Umkehrung der kumulativen Aufwärtsbewegung — und das brächte Arbeitslosigkeit und möglicherweise finanzielle Liquidierung. Was hat sich denn vor 1972 abgespielt? Die Unternehmer erwarteten, daß der Staat das nicht zulassen würde, und daher wurde weiter investiert, und so wurde einer der mächtigsten destabilisierenden Faktoren eliminiert.

Seit 1972 haben wir die ersten Anzeichen einer Wiederkehr der Konjunkturphasen erlebt, wie wir sie in der Vorkriegszeit kannten: lebhafte Spekulation an den Effektenbörsen und auf dem Immobilienmarkt und eine starke Aufwärtsbewegung der Preise frei gehandelter Waren.

Unter solchen Umständen muß eine Intervention der Regierung *ipso facto* den Anschein erwecken, destabilisierend zu wirken. An gewissen Punkten der Hausse muß die Regierung intervenieren, entweder weil die Inlandspreise außer Kontrolle zu geraten drohen oder weil die Zahlungsbilanz ein untragbares Defizit aufweist. Steigende Arbeitslosigkeit ist die andere Seite der Medaille im Fall von Flauten. Wie und warum auch immer man im gegebenen Fall den Zeitpunkt wählt, es kommt zweifellos früher oder später der Moment, da aus einem oder dem anderen dieser Gründe positive oder negative Intervention zwangsweise stattfinden muß.

Aber die Intervention muß genügend nachdrücklich ausfallen, um die Hausse zu brechen — oder, *mutatis mutandis*, die Baisse abzufangen — mit anderen Worten, um törichte spekulative Erwartungen zu zerstören (oder übertriebenem Pessimismus die Spitze abubrechen), die ja unvermeidliche Begleiterscheinungen der Hausse (respektive der Baisse) sind, und die nicht selektiv und fein unterschiedlich durch indirekte, das heißt durch steuer- und währungstechnische Maßnahmen abgebremst werden können. Ist aber die Intervention kräftig genug, die Stimmung umschlagen

zu lassen, so muß sie ab dem Moment, da sie wirksam wird, übertrieben erscheinen. Das ist die logische Folge; denn ein Teil der kräftigsten Impulse, die die Hausse in Gang hielten (etwa laufende Ausgaben aus Kapitalgewinnen oder mit übertriebenem Optimismus getätigte Investitionen), wird plötzlich ausgeschaltet (und umgekehrt).

Besieht man die Bemühungen *Butlers*, *Maudlings* und *Barbers*,⁴ die Rezession in den Griff zu bekommen, die sie selbst ausgelöst hatten (weil der vorausgegangenen Expansion Einhalt geboten werden mußte), so ist das ein ebenso gutes Beispiel wie der Ablauf des Kampfes der *Federal Reserve Bank* ab 1928, die damalige, unleugbar exzessive Spekulation zu unterbinden. Ist es überhaupt gerechtfertigt, einige vorsichtige Feststellungen zu machen, so muß die Tatsache akzeptiert werden, daß eine Regierung, wenn sie eingreift, um die Wirtschaft zu lenken, den Eindruck erwecken muß, sie störe die Ruhe, sie *destabilisiere*; denn mit der Umkehrung von Optimismus in Pessimismus (oder umgekehrt) verursacht sie *ipso facto* eine kumulative Gegenbewegung, die nicht durch konventionelle globale Maßnahmen aufgehalten werden kann, ohne in das gegenteilige Übel umzuschlagen.

Das bedeutet aber nicht, wie eine wachsende Zahl von Nationalökonomern zu denken scheint, daß es *ohne Regierungsintervention mehr Stabilität gegeben hätte*. Plausibler ist die Vermutung — und in diesen Dingen kann man nur vermuten —, daß sich die Hochkonjunktur, hätte die Regierung nicht interveniert, an sich selbst hinaufgezitiert hätte und noch viel wilder ausgeartet wäre, mit einem unausweichlich viel schärferen Krach am Ende.

Viel wahrscheinlicher hätte der darauf folgende Rückgang zu einer panikartigen Liquidierung geführt und nicht zu einer graduellen Abschwächung. Daher erweist sich die sowohl von den Monetaristen als auch von manchen Autoren der Cambridge-Schule vertretene Folgerung, daß eine hinhaltende Politik des Nichtstuns, begleitet von (geringfügigen, aber) nachhaltigen Ausweitungen der Regierungsausgaben oder des Geldangebotes, Aktivität oder Wachstum allein mit fiskalischen oder monetären Mitteln stabilisieren könne, als ein völliges *non sequitur* — als ganz haltlos. Daraus folgt, daß mehr und direkte, nicht weniger und globale Intervention nötig ist, um Vollbeschäftigung und Stabilität zu harmonisieren.

Eine weitere und wichtige Konsequenz betrifft die Devisenbewirtschaftung. Die verzweifelten Bemühungen der Nachkriegsregierungen um die Aufrechterhaltung des Außenwerts der Währungen und die nachteiligen Folgen dieser Bemühungen in Form des Anziehens der Konjunkturbremsen haben bei einer Mehrheit der Nationalökonomern zu heftigen Reaktionen gegen feste Wechselkurse geführt. Ja, es wurde zeitweise behauptet, ein »floating« würde automatisch die Handelsbilanzen ausgleichen und Zahlungsbilanzschwierigkeiten zum Verschwinden bringen und die heimische Wirtschaftspolitik jederzeit mit der jeweiligen internationalen Situation harmonisieren, vorausgesetzt, man lasse nur die Kurse »ihr eigenes Niveau finden«. Auf Jahre voraus errechnete man Umrechnungssätze für Wechselkurse, welche die erwünschten Arbeitslosenraten, Ausstoßvolumina oder was sonst erbringen sollten.

Mir scheint, daß die zugrunde liegende Analyse die enge Beziehung zwischen Wechselkurspolitik und der internen wirtschaftlichen Situation des Landes vernachlässigt. Sie wurde ja üblicherweise — unter Annahmen, die die Entwirrung der engen Beziehung zwischen Veränderungen der Umrechnungssätze mit der Inflation ausschließt — unternommen. In den Nachkriegsregelungen wurden Änderungen der Paritäten strengen Beschränkungen unterworfen, und schließlich kamen in der Abschlußakte von Bretton Woods Benachteiligungen für die Zahlungsbilanzschuldner zum Tragen. Diese Gewichtung war ein Ergebnis der schlechten Erfahrungen in den zwanziger, aber auch in den dreißiger Jahren, mit ihren variablen Wechselkursen; aber auch der Inflationsängste der Amerikaner. Die Maschinerie von Bretton Woods, welche die Zustimmung im voraus für Veränderungen der Umrechnungssätze beinhaltete, war völlig wirklichkeitsfremd; Erfahrung lehrt, daß Veränderungen vorfristig vorweggenommen werden und daher eher eine Verschlimmerung des Übels bewirken müßten.

Daraus ergab sich die allgemeine Erwartung, die Regierungen würden sich bemühen, die bestehende Parität ihrer Währung im Rahmen erträglicher Folgen im Binnenverkehr und vielleicht selbst über diesen Rahmen hinaus aufrechtzuerhalten. Daher begannen ähnliche Erwartungsmuster wie in den zwanziger Jahren die Märkte zu kennzeichnen, Erwartungsmuster, die den Einsatz von Abwertung als gewöhnliches Alltagsmittel der Konjunkturpolitik ausschlossen. Da ohnehin keine übertrieben unterschiedlichen Inflationsraten in den führenden Ländern auftraten, war eine kumulative Verschärfung des Prozesses nicht zu erwarten. Eine selbst verursachte und sich verschlimmernde Reaktion zwischen Außenwerten und Binnenwerten der Währungen sei vermeidbar. Auf diesen Stand der Dinge durfte man rechnen, solange die Stimmung gegen die Abwertung vorherrschte. Wechselkursveränderungen sind nur so lange tatsächlich wirksam, als sie unerwartet kommen und nicht aus unmittelbarer Notwendigkeit. Sowie eine *bewußte Politik der Wechselkursadjustierungen* oder einer »freien« Kursbildung oder eines »floatings« als eines der *hauptsächlichen* Instrumente der versuchten Harmonisierung der heimischen Wirtschaftspolitik mit den Erfordernissen der Zahlungsbilanz akzeptiert wird, darf legitimerweise nicht mehr erwartet werden, daß eine Wechselwirkung zwischen Wechselkursen und heimischen Preisen vermieden werden kann.

Als das Pfund Sterling in den Jahren 1931 bis 1933 abgewertet wurde, da waren nach diesem beschränkten Gesichtspunkt alle Faktoren »günstig« für Großbritannien. Die Welt litt an einer akuten Krise und an hoher Arbeitslosigkeit. Neue Schutzzölle für die heimischen Industrien und Präferenzzölle für die Mitgliedsländer des Weltreichs wurden eingeführt, womit sich neue überseeische Märkte öffneten. Abwertung, ob durch »floating« oder wie auch immer, hatte eine gute Chance zu »funktionieren«. Ein Exportboom und vor allem eine durch Importsubstituierungen ausgelöste Hochkonjunktur stand in Aussicht. Auch durfte man erwarten, daß die Preisanstiege auf dem Inlandsmarkt infolge erhöhter Einfuhr- und Ausfuhrpreise in der Binnenwährung mäßig ausfallen würden (und

tatsächlich verbesserten sich Großbritanniens »terms of trade«). Ganz gewiß waren keine autonomen und/oder antizipatorischen Preis- und Kostensteigerungen (insbesondere Lohnsteigerungen) zu befürchten.

»Verflüchtigt sich die Gewißheit der Währungsstabilität, so verliert die Analyse nach Keynessem Muster ihre Rechtfertigung.« Zu dieser Erkenntnis gelangte man erst in allerjüngster Vergangenheit, erst als in den Jahren 1972/73 alle Vorbedingungen einer schweren kumulativen Wechselwirkung gegeben waren. Werden Wechselkursangleichungen oft wiederholt, und sind daheim und im Ausland weitere Abwertungen und Geldwertschwund zu befürchten, so könnte das eine beschleunigte Erwartung im Sinne heimischer Einkommenserwartungen (und Lohnforderungen) auslösen. Das Endergebnis läßt sich meines Erachtens nicht vorher-sagen. Ich fühle mich geschmeichelt, daß das jetzt endlich von einem wachsenden Kreis von Nationalökonomern zugegeben wird.

Eine weitere wichtige Frage stellt sich in diesem Zusammenhang. Wie sieht wohl das Erwartungsmuster aus, das entscheiden wird, ob ein sprunghafter Anstieg der Fremdvalutenkurse die Schaffung von export- oder importfördernden Kapazitäten eher begünstigen würde, als es ein mildes Absinken täte? Das ist besonders wichtig angesichts der voraus-sichtlichen Verschlechterung der »terms of trade« als Folge der Geldwert-minderung oder Abwertung. Unter gewissen Umständen müßten direkte Beschränkungen verhängt werden, um die zur Reorganisierung der Indu-strie nötige Verschnaufpause zu erbringen. Es ist keineswegs gewiß, daß nicht solche zeitweilige Kontrollen beruhigender wirken, also einen stär-keren Anreiz zu Investitionen bieten würden, als Paritätsveränderungen, die vielleicht kurzlebiger wären und die nach einer Weile Zweifel aus-lösen und Lohnforderungen anheizen könnten. Bei hoher Arbeitslosig-keit ist es unwahrscheinlich, daß Einfuhrbeschränkungen die Wettbewerbs-position der Exportindustrien unbedingt drücken müßten. Ein- und Aus-fuhren zwischen hochindustrialisierten Ländern spielen sich ohnehin in ähnlichen, wenn nicht in identischen Warenklassen ab.

Eine weitere Komplikation ergibt sich aus der oligopolistischen Natur des Außenhandels, wie die hartnäckigen und wachsenden Überschüsse der deutschen Zahlungsbilanz trotz wiederholter und erklecklicher Aufwertungen unbestreitbar demonstrieren. Eine Analyse würde wahr-scheinlich auf Grund der Theorie von monopolistischen Märkten unter Richtpreisbedingungen eine schlüssige Erklärung erbringen. Das könnte zur Erhaltung der Überlegenheit ihrer vitalsten Exportindustrien bei-tragen. Mit diesem Problem habe ich mich in meinem Essay über die internationale Neuordnung des Geldwesens befaßt (»Times Literary Supplement«, 10. Oktober 1975) und will hier nicht weiter darauf eingehen.

Schließlich möchte ich zu einem Problem Stellung nehmen, das in letzter Zeit in verschiedenen Veröffentlichungen recht widersprüchlich behandelt worden ist, nämlich zum Problem des Wesens der Arbeitslosig-keit, die jetzt auf Großbritannien lastet. Großbritannien, voll industriali-siert, ja sogar die Wiege der industriellen Revolution, stand in den Jahren der Zwischenkriegszeit im Zeichen einer fast ununterbrochenen schweren Depression. Sie befahl das Land zuerst in der Periode expandierender

Weltproduktion und sich ausweitenden Welthandels zwischen 1924 und 1929. Natürlich hat man das damals und auch nachher einem falsch gewählten Wechselkurs zugeschrieben, obgleich, wie ich behauptet habe, das Beispiel Deutschlands diese allzu einfache Erklärung einigermaßen in Zweifel stellt. Die anschließende Weltwirtschaftskrise drängte die meisten vernünftigen Nationalökonomen auf das Problem des Nachfrage-mankos. Die tieferen Gründe des Abstiegs Großbritanniens wurden von den von mir eben geschilderten einmaligen und ein- für allemaligen Stimulanzen überschattet, welche die Depression, wenn auch nur teilweise, überwinden halfen.

Die vordringlichen Sorgen der zwanziger Jahre wurden im wesentlichen vernachlässigt, trotz der Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit sich bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs hartnäckig über der Zehn-Prozent-Grenze hielt. Nur Deutschland und einige seiner Satellitenstaaten wurden durch öffentliche Arbeiten vom Schlage strategischer Straßenbauten und Aufrüstungsprogramme zu gründlicher Erholung angekurbelt.

Die lange Phase wirtschaftlicher Expansion nach Ende des Zweiten Weltkriegs verwies das Problem der Arbeitslosigkeit in den Hintergrund; aber die Lage Großbritanniens verschlechterte sich dauernd. Während jedes Tiefs des »stop-go«-Kreislafs (der bis 1972 ein milderes Abbild der Vorkriegsfluktuationen bot) stieg die Arbeitslosigkeit auf eine höhere Stufe als zuvor, und mit jeder Erholung erlitt die Zahlungsbilanz einen schärferen Rückschlag denn je. Gleichzeitig verfiel die Handelsbilanz der Fertigprodukte ständig, und unser Anteil am Welthandel ging, von kurzen Zeitphasen abgesehen, immer weiter zurück (und fiel voriges Jahr sogar unter den Frankreichs, von den USA, Deutschland und Japan gar nicht zu reden), obwohl sich die Reallöhne (trotz beschleunigten Steigens der Nominallohne) nicht denen unserer industriellen Konkurrenten entsprechend verbesserten.

Das scheint darauf hinzuweisen, daß unsere Effektivlöhne dazu tendieren, von denen unserer Konkurrenten abzuweichen. Unsere Produktiv-investitionen waren im Verhältnis zum Volkseinkommen geringer als die irgend eines anderen Industriestaates. Die Effektivität dieser bescheidenen Investitionen war in punkto Einkommensschöpfung der der anderen Länder ganz wesentlich unterlegen. Es besteht der begründete Verdacht, daß zumindest ein gewisser, und wahrscheinlich ein ganz wesentlicher Teil unserer Arbeitslosigkeit nicht mehr zur Kategorie des keynesianischen Nachfragemankos zählt, sondern strukturellen Charakter trägt, und zwar infolge mangelnder Kapitalinvestitionen, ungenügender Forschung und Entwicklung, fehlender technologischer Betriebserneuerungen, geringen unternehmerischen Wagemutes und schwachen Könnens in der Unternehmensführung sowie der widersprüchlichen Einstellungen innerhalb der Arbeitnehmerschaft, deren Verhandlungsstärke einen revolutionären Zuwachs erfahren hat. Wenn das so ist, dann ist es höchste Zeit, daß wir unsere Auffassungen und unsere Strategien drastisch revidieren.

ANMERKUNGEN

- 1 Etwa Sir Donald MacDougalls Präsidentialansprache *In Praise of Economics* (Lob der Nationalökonomie) vor der Royal Economic Society, wiedergegeben in »Economic Journal«, Dezember 1974.
- 2 Bemerkenswerterweise sind die Neo-Monetaristen von dem Unsinn abgekommen, der Arbeitsmarkt sei imstande, einen »Market-Clearing-Preis« zu erbringen, das heißt einen Ausgleich durch Lohnminderung — außer durch die Zahlungsbilanz. Harry Johnsons brutaler und absurder Angriff gegen Hicks verdeutlicht die Unsicherheit, die in dem Lager herrscht (*Lloyds Bank Review*, 1975).
- 3 1975. Dies wurde im Sommer 1974 geschrieben. Eine wirksame Antwort darauf ertheilte J. A. Bisham in *The New Cambridge and Monetarist Criticism of »Conventional« Economic Policy-Making*, »National Institute Economic Review«, November 1975, S. 39—55. Das »Ewige Gesetz« behielt genau zwei Jahre seine Gültigkeit.
- 4 Barber trifft mehr Schuld als die anderen an der Geldpolitik, die zu einer allgemeinen Anlagehausse führte, die vermeidbar gewesen wäre, vorausgesetzt, man hätte zumindest im Geldbereich wirksame direkte Lenkungs- und Kontrollmaßnahmen verstärkt, anstatt sie in dem wilden Geschrei nach »Kreditkontrolle durch Wettbewerb« abzuschaffen.